



Resolution - Entwurf -  
zu beschließen bei 12. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-  
25.-27.05.2018 Hansestadt Stralsund

### **Wir wollen ausbildungswillige Zuwanderer im Land halten.**

UnternehmerInnen und VertreterInnen von politischen, gesellschaftlichen und Kommunalen Organisationen wollen ausbildungswillige Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern halten. Dieses Thema wurde auf kommunalen und Landesebenen diskutiert und konkrete Lösungen vorgeschlagen.

Wir begrüßen die aktive Arbeit der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die diese Initiative in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.

Wir dürfen diejenigen Menschen, die sich Mühe geben, eine Qualifizierung zu bekommen und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nicht bestrafen.

Wir fordern auf:

- Die rechtlichen Voraussetzungen für eine dreijährige Ausbildungsduldung müssen gegeben sein. Nach der Ausbildung muss gesichert sein, dass die Menschen mindestens weitere zwei Jahre im Nordosten und in Deutschland arbeiten dürfen.
- Die Integrationsleistungen von Nicht-EU-Ausländern, die zum Beispiel aktiv Sprachkenntnisse erwerben und / oder Ausbildungsstellen suchen, müssen bei Verwaltungsentscheidungen anerkannt und honoriert werden.
- Die Abschiebungspraxis im Nordosten ist stärker an die Bedingungen des Arbeitsmarkts anzupassen, dies betrifft zum Beispiel Flüchtlinge, die in Bäckereien, der Pflege, Kliniken und generell in der Dienstleistungsbranche tätig sind. Oft betrifft es auch Berufe, für die deutsche Arbeitskräfte schwer zu finden sind. Wenn sich Menschen integriert haben, sollte es einen Abschiebestopp geben.
- In der politischen Diskussion muss der in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland vorhandene und sich weiter verstärkende Mangel an Arbeitskräften stärker im Zusammenhang mit der Integration und der Abschiebep Praxis thematisiert und beachtet werden.
- In den verbleibenden Fällen, in denen Menschen nach Abwägung aller Gesichtspunkte Deutschland verlassen müssen, sollte grundsätzlich zunächst versucht werden, auf eine freiwillige Ausreise hinzuwirken. Dies ist gegenüber einer – oft mit traumatischen Erlebnissen verbundenen – Abschiebung zu bevorzugen.